

Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

03.09.2005

Freie Wähler: Unterrichtsgarantie steht in den Sternen

Zu Beginn des neuen Schuljahres ist im Main-Kinzig-Kreis die Debatte um Schulpolitik und Lehrerversorgung wieder aufgeflammt. Deutliche Worte findet der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Kreistag Jürgen Heim: „Die Situation an den Schulen des Main-Kinzig-Kreises zeigt, wie wenig die schulpolitischen Sonntagsreden von Kultusministerin Wolff (CDU) in Wirklichkeit wert sind.“ So sei die Lehrerversorgung im Main-Kinzig-Kreis tatsächlich so schlecht, wie viele Schulen und Eltern nach dem Lehrer-Zuweisungserlass im Frühsommer dies befürchtet hatten. Reguläre Lehrerstellen fehlten, das Staatliche Schulamt müsse massenhaft Vertretungslehrer mit Zeitverträgen anwerben, um wenigstens das „Minimalprogramm“ der Studentafel abdecken zu können.

Die Freien Wähler beziehen sich mit ihrer Kritik auf die Pressemitteilung des Staatlichen Schulamtes für den Main-Kinzig-Kreis, in dem die stellvertretende Leiterin Sylvia Ruppel von einem geregelten Unterrichtsbeginn im Main-Kinzig-Kreis gesprochen hatte.

Aus Sicht der Freien Wähler hat das Staatliche Schulamt bei der Vorbereitung des neuen Schuljahres zwar gute Arbeit geleistet, könne aber als Vertretung des Kultusministeriums vor Ort bei der Öffentlichkeitsarbeit nicht aus seiner Haut. Jürgen Heim: „7% des Unterrichts im Main-Kinzig-Kreis wird von 280 Lehrkräften im Umfang von 200 Stellen mit befristeten Vertretungsverträgen abgedeckt. Von einem geregelten Unterrichtsbeginn kann man da nicht sprechen. Jeder Praktiker an den Schulen weiß, dass selbst verbindliche Zusagen für einen Vertretungsvertrag von Lehrkräften, deren Einsatz an den Schulen bereits fest eingeplant ist, wegen nicht seltener kurzfristigen Absagen mit äußerster Vorsicht zu genießen sind. Nicht alle Klassen im Main-Kinzig-Kreis werden am ersten Schultag von ihrer neuen Lehrerin oder ihrem neuen Lehrer begrüßt werden können.“

Besonders prekär ist nach Recherchen der Freien Wähler die Situation an den Gymnasien und den gymnasialen Zweigen der kooperativen Gesamtschulen. An den Gymnasien hat sich die durchschnittliche Klassengröße von 28,7 auf 30,1 und an den kooperativen Gesamtschulen

von 28,4 auf 29,8 Schülerinnen und Schüler erhöht. Jürgen Heim: „Wer weiß, dass das neue Schulgesetz den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Mittelstufe durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre massiv zusätzliche Pflichtstunden aufbürdet, der kann ermessen, was die Erhöhung der Klassengröße auch nur um einen Schüler bedeutet. Nicht nur wir befürchten zunehmenden Leistungsdruck und Selektion anstelle von Lernfreude und Förderung.“

Auch zur Behebung der schwierigen Situation bei Mangelfächern hat nach Meinung der Freien Wähler das CDU geführte Kultusministerium zu wenig getan. Seit Jahren könnten insbesondere im Haupt- und Realschulbereich die Fächer Englisch, Französisch, Mathematik, Physik, Chemie, Deutsch sowie Religion, Musik und Sport nur unzureichend abgedeckt werden. Gleiches gelte für das Lehramt an Förderschulen mit der Fachrichtung Sprachheilpädagogik und Erziehungshilfe.

Jürgen Heim: „Wenn die CDU angesichts dieser Situation von Unterrichtsgarantie spricht, dann versucht sie, Eltern Sand in die Augen zu streuen. Dies wird jedoch nicht gelingen. Die Freien Wähler werden das Thema Unterrichtsversorgung zum Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung machen.“